



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/36 - 11.2.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Antwort an Nadariaga	S. 1
Drohender Schulkampf in Belgien	S. 3
Unsicherheit in Pankow	S. 5

Die Löwen des Westens

Von Willi Eichler

Hans kommt aus der Schule nach Hause und begrüßt seinen Vater: "Papa, Du siehst aus wie ein Löwe!" - "Nanu, wo hast Du denn einen Löwen gesehen?" - "Drüben, beim Nachbarn sieht doch einer über den Zaun!" - "Aber Hans, das ist doch ein Esel!" - "Ja, so siehst Du aus, Papa!"

Als Goebbels noch versuchte, "das Abendland vor dem Bolschewismus zu retten", bemühte sich "der Westen", ihn zu unterstützen: durch das Reichskonkordat; durch Lord Runciman, den ehrlichen Makler in der Tschechoslowakei; durch Chamberlain und Daladier in München, als sie die Sowjetunion provokativ "übersahen"; durch die "Nicht-Intervention" in Spanien, eine offene Unterstützung des "Führer"-, "Duce"- und "Caudillo"-Faschismus. Als Hitler auch den Westen überfiel, war man dort froh, als schließlich auch Stalin in das "anti-faschistische" Bündnis hineinstieß. Seit dieser Zeit hat der Kommunismus Fortschritte gemacht. In Europa durch die Teilung in "Einflusssphären" (vor genau zehn Jahren in Jalta beschlossen), durch die Spaltung Deutschlands und Europas. In Asien durch die Unterstützung der Kräfte, die alle Vorgestrigen hinter sich und die bisher terrorisierten Völker gegen sich haben: Tschiang Kai schek, Syngman Rhee, Bao Dai etc.etc. So wurde auch China kommuni-

nistisch - wie es anders geht, zeigte die Indien-Politik der Labour-Regierung.

*

"Der Westen" hat objektiv für den größeren Teil seiner Außenpolitik den Lenin-Orden verdient.

*

Der Korea-Krieg leitete die Ära des Wettrüstens ein. Westdeutschland sollte 12 Divisionen beisteuern. Sie hätten keinen großen Verteidigungswert; sie verhinderten Deutschlands Wiedervereinigung; sie gefährdeten die Demokratie in der Bundesrepublik - und sie verschärften die internationalen Spannungen - angesichts der Aussichten eines Atomkrieges die gefährlichste Wirkung.

Forderungen der Sozialdemokraten

Wiedervereinigung Deutschlands - Verhandlungen darüber vor der Ratifizierung und der Wiederaufrüstung. Zur Beseitigung der Furcht vor einem militaristischen Gesamtdeutschland dessen militärische Bündnislosigkeit und sein Einbau in ein System kollektiver Sicherheit im Rahmen der UN. Die internationalen Spannungen weiter zu entspannen, indem anstatt des Wettrüstens Verhandlungen über internationale Konfliktstoffe stattfinden.

Es gibt in der Politik keine mathematisch sicheren Lösungen. Aber die Politik des Wettrüstens bringt uns in die Nähe des Krieges - die der Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas in die Nähe des Friedens.

*

Die Aktionen für die Wiedervereinigung mit diesen Konsequenzen haben ungeheuren Widerhall gefunden. Man sieht klar, dass "der Westen" bereit ist, für seine phantasielose Aufrüstung der Bundesrepublik die 18 Millionen der sowjetisch besetzten Zone im Stich zu lassen. Das haben jetzt nahezu alle Rüstungsbeflissenen zugegeben. Ihre Argumente für die 12 Divisionen werden immer schwächer. Inzwischen hat Professor Salvador de Madariaga, ein spanischer Emigrant von internationalem Ruf, herausgefunden, dass die SPD außenpolitisch nur nationa-

listische Gründe leiten. Denn "die deutsche Nation war nie enger geeint als heute"; "Ganz Deutschland bildet in seiner antikommunistischen Haltung ein Ganzes - Westdeutschland, weil es frei ist, und Ostdeutschland, weil es von der Sowjetunion unterdrückt wird." Die nationalistische SPD will also "nur Wiedervereinigung des deutschen Staates", "die deutsche Nation ist bereits geeint"!

*

So steht es wirklich in der "Neuen Zürcher Zeitung" vom 9.2. 1955, und will offenbar ernst genommen werden. Wieso hat eigentlich Herr Madariaga Streit mit Franco? Sie sind doch beide "geeint in ihrer antikommunistischen Haltung"! Als ob die "antikommunistische Verbundenheit" der Bewohner der Ostzone mit denen des Westens die Schinderei in der Ostzone leichter machte! Die Einheit Deutschlands bedeutet nicht "gemeinsame innere Haltung". Dazu brauchen wir nicht die Hilfe des Westens, wir brauchen gemeinsame "äußere Möglichkeiten", friedlich und frei gemeinsam zu leben.

*

Die "Sozialdemokraten waren die Ersten, die den Russen mit ihren freien Wahlen in die Falle gingen", sagt Herr Madariaga. Dabei haben die Sozialdemokraten nur verlangt, dass man das russische Angebot auf die Probe stellen sollte. Auch Herr Madariaga meint das, - aber es bedeutet für ihn, "die Russen müßten freie Wahlen gewähren, ohne Bedingungen zu stellen". Warum eigentlich? Der Westen geht auch nicht aus Deutschland heraus, ohne Bedingungen zu stellen - und keiner nimmt ihm das übel. Die Russen haben Angst vor einer deutschen Aufrüstung, Grund genug für ein System kollektiver Sicherheit.

*

Herr Madariaga ist tatsächlich: "Die einzig mögliche Politik für den Westen ist die Verwirklichung der Pariser Abkommen". Die einzig mögliche - schon das ist schlicht Unsinn. Vor kurzem war die EVG der einzige Weg; sie war kaum erledigt, so fand sich ein anderer - und heute diskutiert man bereits Möglichkeiten der Verhandlungen vor der Wiederaufrüstung.

Dieser Weg scheint uns würdiger zu sein als die Spielerei mit den Begriffen Nation und Staat. Madariaga bedauert, dass die SPD sich "vom Humanismus abkapselt" und sich auf "rein deutsche Probleme beschränkt". Dabei begreift man die Wiedervereinigung Deutschlands als weltweites humanistisches Problem für die Freiheit und den Frieden tausendmal besser in Neu Delhi, Rangun und Tokio, wo man sich auch nicht "zum Osten bekennt", wohl aber die "einzig mögliche Politik des Westens" und seines Vorwortes mit Skepsis betrachtet.

*

Bischöfe auf dem Kriegspfad

pt - Brüssel

Belgien steht vor einem Kulturkampf, der alle Gegensätze zwischen Wallonen und Flamen, christlichen und sozialistischen Gewerkschaften, Staat und Kirche zu vergifteten Kriegsfronten erweitern wird. Bemühungen, die der sozialistische Premierminister van Acker um die Jahreswende unternahm, um eine sachliche, auf den Rahmen des Parlaments beschränkte Behandlung der Schulfrage zu erreichen, hatten dazu geführt, dass die christlichen Gewerkschaften einen für die zweite Januarhälfte 1955 geplanten "Marsch auf Brüssel" abbliesen. Der sozialistische Schulminister Collard übergab, wie vereinbart, drei Schulreformentwürfe dem Parlament. Bevor noch überhaupt die parlamentarische Behandlung dieser Entwürfe angesetzt ist, rufen jetzt die Bischöfe die "Gläubigen" zu offenem Kampf auf.

"Als Bischof von Brügge läute ich die Sturmglocke zum Schulkrieg", sprach Monsignore de Smedt, der Bischof von Brügge, die flämischen Bauernvereinigungen an und fuhr fort: "Der Kampf ist ausgebrochen, der darüber entscheiden wird, ob Flandern bleibt oder nicht". Monsignore Charue-Namur, der Bischof des wallonischen Landes, schließt sich an. Er ließ in allen Kirchen und Kapellen Walloniens einen Hirtenbrief verlesen, in welchem die Katholiken zum Kampfe aufgefordert werden, da "das Schicksal des Vaterlandes auf dem Spiele steht", die "Seele unserer Kinder" und "das Gewissen der Eltern" vergewaltigt werden sollen. Besondere Gebete werden angeordnet, die einhundert katholischen Patern und Schwestern, die Opfer der Nazibesetzung wurden, als Beispiel für die Kampfbereitschaft des Katholizismus herangezogen.

Nun haben die sozialistischen und liberalen Minister keineswegs die Absicht, dem Beispiel der Nazis zu folgen und die Kirche zu verfolgen. Sie können für ihre Schulreformpläne sogar auf das Bibelwort: gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, verweisen. Die Entwürfe ziehen auf ein staatliches Schulsystem hin, wie es in den meisten Ländern Europas schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts eine Selbstverständlichkeit ist. Der Schulminister Collard erinnerte daran, dass gerade die Forderung des Klerus, die Eltern darüber bestimmen

zu lassen, welche Schule ihre Kinder besuchen sollten, in weiten Gebieten Belgiens praktisch gar nicht erfüllt werden kann, denn in 200 Gemeinden haben die Eltern gar keine Wahl. In diesen gibt es keine öffentlichen, sondern nur "private" katholische Schulen - in denen der Staat nichts zu sagen, für die er jedoch zu zahlen hat.

Das Ziel der sozialistisch-liberalen Schulreform ist, überall öffentliche Volksschulen neben den katholischen Schulen zu erstellen. Die Gesetzentwürfe sehen ausdrücklich die Weiterzahlung der Subsidien an die "privaten" katholischen Schulen vor - soweit diese Schulen den pädagogischen Ansprüchen einer Schulbildung des 20. Jahrhunderts entsprechen. Aber schon die Bereitstellung öffentlicher Schulen und die staatliche Schulaufsicht wird in einem Leitartikel des christlichen Hauptstadtblattes "Cité" als "Sozialisierung des Unterrichtswesens" bezeichnet und der erweiterte Vorstand der christlichen Gewerkschaften soll in einer Sondersitzung "die erforderlichen neuen Kampfmaßnahmen" beschließen.

Im Kampf gegen die Staatsschule handelt es sich keineswegs um die Verteidigung der Schulfreiheit, sondern um die Bewahrung eines katholischen Schulmonopols. Die skrupellose Kampfmethodik liegt darin, dass der immer latent vorhandene Gegensatz zwischen Flandern und Brüssel angefacht, die christlichen Gewerkschafter als Stoßtrupp für alles andere als gewerkschaftliche Ziele eingesetzt werden, die Bauernbünde nun statt Agrarpolitik Kirchenpolitik treiben sollen. Beim letzten großen Kulturkampf in Belgien, in den Jahren 1874 bis 80, siegte der Klerus über ein liberales Kabinett gerade durch Auspielung der "katholischen Flamen" gegen das "pariserische Brüssel". Damals jedoch gab es noch keine sozialistische Arbeiterbewegung in Belgien. Die damaligen Liberalen standen dem einfachen Bürger noch ferner als der katholische Pater. Heute stehen hinter dem Kabinett die großen Organisationen der sozialistischen Partei, der freien Gewerkschaften, der Verbrauchergenossenschaften, liberale und sozialistische Frauenzirkel. Und gerade Flandern trug im vorigen April zum sozialistischen Wahlsieg bei. Es ist sehr leicht möglich, dass dem Flamen die Regierungslösung des Schulproblems: öffentliche Volksschule mit Religions- oder Moralunterricht nach Wunsch der Eltern, besser gefällt als die Aufrechterhaltung des beinahe auf das Mittelalter zurückgehenden katholischen Schulmonopols.

Pankows Parole: Schweigen ist Gold

E.Z.-Berlin

Ein Echo aus der SED und aus den Kreisen der Pankower Regierung auf die Ablösung Malenkows ist eigentlich gar nicht vorhanden - so paradox das klingen mag. Das betretene Schweigen der offiziellen Stellen und die Unlust der SED-Funktionäre, auch nur in privaten Unterhaltungen das Thema der Moskauer Ereignisse zu berühren, zeigt die Überraschung, aber noch mehr die Unsicherheit, mit der man in Kreisen der Ostberliner Regierung und der SED-Kader die Botschaft aus Moskau vernommen hat.

Während in Westberlin schon Extraausgaben der Zeitungen auf der Straße waren und der Rundfunk über die Vorgänge in Moskau berichtete, saßen die Redakteure der Ostberliner Presse noch unwissend an ihren Schreibtischen. Wie überraschend die Moskauer Sensation auch für die höchsten Stellen in der SBZ gekommen sein muß, zeigt sich z.B. in der Ratlosigkeit des Presseamtes beim Ministerpräsidenten Grotewohl gegenüber allen Anfragen Westberliner Korrespondenten an dem entscheidenden Tag.

Aber selbst vier Tage nach dem Ereignis ist zu merken, dass man sich in Pankow über die Bewertung des Ereignisses noch nicht im klaren ist. Die vom ZK der SED ausgegebenen Richtlinien für die Presse gehen eindeutig aus Platzierung und Überschriften des Berichtes über die Sitzung des Obersten Sowjet hervor. Die einhaltende Taktik deutete zunächst auf eine Bagatellisierung der Ablösung Malenkows durch Bulganin hin. Die Molotow-Rede wurde als Blickfang an die Spitze gestellt, die machtpolitische Veränderung wurde sozusagen am Rande mitgeteilt, mit Überschriften wie "Bulganin als Vorsitzender des Ministerrats bestätigt" oder "Bulganin - Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR". Wenn die "Berliner Zeitung" von dieser Direktive mit der Schlagzeile abweichen durfte "G.M. Malenkow zurückgetreten", so beweist das erneut die "Pressefreiheit" die die SED dieser Zeitung aus taktischen Gründen zubilligt.

Kurze Zeit nach der Sensation von Moskau sind auch die ersten

Berichte darüber bekannt geworden, wie in den Amtsstuben der Penkower Ministerien Malenkows Sturz eingeschlagen hat - auch hier mit Unsicherheit und Bestürzung.

So waren in einem der Ministerien einige hohe Funktionäre zufällig in einem Raum, als aus dem Radioapparat die Meldung über Malenkows Rücktritt ertönte. Man sah sich entgeistert an, und so schnell wie möglich verließ jeder unter irgendeinem Vorwand das Zimmer, um auf keinen Fall auch nur ein Wort in einer Unterhaltung über dieses neueste Ereignis sagen zu müssen. Denn mit einem einzigen Wörtchen, mag es auch noch so harmlos dahergesprochen sein, kann man sich das eigene "Todesurteil" sprechen, weil man ja nicht weiß, welche Fernwirkungen aus Moskau auch in Ostberlin eintreten könnten.

Wie es im Bereich der von Moskau dirigierten Satellitenregime nicht anders sein kann, so kreisen die vertraulichen Unterhaltungen unter Freunden (soweit man sie überhaupt zu führen wagt) um die Frage: Wird der Krenl-Statthalter im eigenen Lande künftig stärker oder schwächer sein? In führenden Kreisen der "bürgerlichen" Parteien in Ostberlin sieht man Ulbrichts Stärke wachsen, und man befürchtet bereits, dass eine der erwähnten Fernwirkungen aus Moskau die Kaltstellung bestimmter hoher CDU- und LDP-Funktionäre sein könnte.

* * *
Bedenkliche Methode

sp. Im Gesetzentwurf über die Krankenversicherung der Rentner versucht die Bundesregierung, durch die Hintertür eine grundlegende Entscheidung über die Höhe der Altersrente bei der zukünftigen Sozialreform zu erreichen. Diese Methode ist überaus bedenklich. Für den Fall, dass die CDU-Bundestagsfraktion, wie beim Kindergeldgesetz, ihre knappe Mehrheit nach dem Leitsatz ihres Sprechers, des Abg. Schmücker, (Lönningen/Oldenburg) "Wir lassen uns auch nicht durch größeren Fachverstand von unserer politischen Richtung abbringen!" zum Durchpeitschen einer nicht-vertretbaren Sozialreform missbrauchen will, dann würden sich künftige Regierungen kaum an derartige Beschlüsse halten. Eine Sozialreform, die auf eine solche Art und Weise beschlossen wird, wäre recht kurzlebig. Im "Sozialen Fortschritt" heißt es zu dieser Frage mit Recht: "Man kann, wie das sozialpolitisch fragwürdigste und gesetzestech- nisch schlechte Kindergeldgesetzgebungswerk zeigt, mit verschwin- dender Mehrheit einzelne Sozialgesetze durchpeitschen. Eine grund- legende Neuordnung sozialer Leistungen muß aber auf breiteste Zu- stimmung stoßen, wenn sie Bestand haben soll."

Verantwortlich: Peter Raunau